

Kampf gegen Maststall geht weiter – notfalls vor Gericht

Nach der Baugenehmigung erwägt das Aktionsbündnis MUT juristische Schritte

Von Karsten Tenbrink

AMELHAUSEN - Vier Jahre hat Jürgen Seeger auf die Baugenehmigung gewartet, jetzt ist er seinem geplanten Hähnchenmaststall in Amelhausen (Gemeinde Großenkneten) einen großen Schritt näher gekommen. Aber so schnell gibt das Aktionsbündnis Mensch-Umwelt-Tier (MUT), in dem sich der Protest gegen das Vorhaben konzentriert, nicht auf. Einer der Aktiven, Wilfried Papenhusen, kündigte gestern an, notfalls auch vor Gericht ziehen zu wollen.

Wie berichtet, hat der Landkreis Oldenburg am Mittwoch die Baugenehmigung für den Hähnchenmaststall mit 29745 Plätzen erteilt. Die Voraussetzungen dafür seien erfüllt, einschließlich der Einhaltung zulässiger Immissionswerte bei Geruch, Ammoniak und Stickstoff, hieß es in der Begründung.

Seeger, der auch Kreislandwirt und Vorsitzender des Kreislandvolks ist, wähnt sich deshalb am Ziel: „Es könnte noch im September losgehen“, sagte er gestern auf Nachfrage. Wird



Der Streit um den Bau des Maststalls zieht sich weiter hin.

es aber nicht, wie Seeger einräumte: Das rund 2500 Quadratmeter große Areal, auf dem der Maststall entstehen soll, ist noch nicht frei. Ein anderer Landwirt baut dort dieses Jahr Kartoffeln an. Außerdem habe er noch kein Bauunternehmen, das in den Startlöchern stehe.

Der Stall wäre Seegers erster Schritt in die Geflügelwirtschaft, bisher baut er verschiedene Sorten Getreide, Grünland, Mais und Raps an. Die Entwürfe sähen eine Anlage mit etwa 1800 Quadratmetern vor, Seeger rechnet mit Baukosten von knapp einer halben Million Euro.

Wenn es nach Papenhusen und seinen Mitstreitern geht, wird es dazu nicht kommen. Ohnehin zeigte sich der MUT-Sprecher gestern „brüskiert“ über das Vorgehen des Landkreises: Als Verfahrensbeteiligte hätte das Bündnis gerne vorab von der Genehmigung erfahren, außerdem habe der Landkreis zugesagt, ihm Unterlagen zur Prüfung zukommen zu lassen – was noch immer nicht geschehen sei.

„Es werden Antworten verweigert, da fragt man sich doch, was der Landkreis zu verbergen hat“, so Papenhusen. Das Bündnis habe große Zweifel an der

Aussage, dass das Immissionsgutachten und die Verträglichkeitsprüfung im Hinblick auf das nahe gelegene Naturschutzgebiet „Poggenpohlsmoor“ unbedenklich ausgefallen seien. Zumal der Bauantrag seit 2010 dreimal geändert worden sei. Seeger habe die Zahl der Plätze zwar reduziert, damit das Vorhaben nicht unter das Bundes-Immissionsschutzgesetz falle, dafür aber die Mastzeit verlängert, was die Immissionen noch erhöhe.

Das Bündnis werde sich nun beraten und dann seine Konsequenzen ziehen. „Wenn eine sachliche Klärung mit dem Landkreis nicht möglich ist, muss ein Richter darüber entscheiden“, erwägt Papenhusen juristische Schritte.

Auf Nachfrage teilte Kreisprecher Oliver Galeotti mit, dass die besagten Unterlagen auf dem Postweg zum zuständigen Anwalt seien. „Für den Landkreis war die Baugenehmigung nach sorgfältiger Prüfung zu erteilen“, sagte Galeotti. Dagegen Einspruch einzulegen, sei das gute Recht des Bündnisses.